



Auskunft erteilt:	Frau Kapell	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1530	e-mail:	Sabine.Kapell@Stadt.Koblenz.de
Koblenz,	23.03.2026		

Niederschrift Nr. 1

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 03.03.2026

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums
Herr Prof. Dr. Andreas Lukas,

Ratsfraktion CDU
Herr Herbert Dott,
Herr Rudolf Kalenberg,
Frau Daniela Nowak,
Frau Martina von Berg,

Stv. Ratsfraktion CDU
Herr August Hollmann,

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Alexandra Kaatz,
Herr Michael Kock,
Herr Roland Mauden,

Ratsfraktion SPD
Herr Dennis Feldmann,

Stv. Ratsfraktion SPD
Herr Adolf Lorenz-Wangard,
Frau Doreen Werth,

Ratsfraktion AfD
Herr Fabian Geissler,

Stv. Ratsfraktion AfD
Frau Katrin Vogel,

Ratsfraktion FW
Herr Dennis Graf,

Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI
Herr Nils Kiessling,

Ratsfraktion WGS
Herr Manfred Diehl,

Ratsfraktion FDP
Herr Manuel Sartoris,

Sonstige Ehrenämter
Moritz Follmann Vorsitz Jugendrat, c/o Jugendkunstwerkstatt Koblenz e.V.

Verwaltung
Herr Johannes Mader,
Frau Katrin Freiberg,
Herr Perry Metten-Golly,
Frau Dagmar Körner,
Frau Emilie Hammer,

Schriftführer/in
Frau Sabine Kapell,

Prof. Dr. Lukas begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter, insbesondere Frau Katrin Freiberg als neue stellvertretende Amtsleiterin des Umweltamtes. Er stellt fest das form- und fristgerecht mit Schreiben vom 19.02.2026 eingeladen wurde und der Umweltausschuss beschlussfähig ist. Weitere Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung vereidigt der Vorsitzende an dieser Stelle die neuen Ausschussmitglieder Herrn Roland Mauden (Bündnis 90/Die Grünen) und Herrn Nils Kießling (Die Linke-Partei) persönlich per Handschlag.

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr
Ende der Sitzung: 16.40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Änderung Baumschutzsatzung
Vorlage: BV/0061/2025/2
Punkt 2: Integriertes und nachhaltiges Klimaanpassungskonzept
Vorlage: BV/0573/2025/1
Punkt 3: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Änderung Baumschutzsatzung Vorlage: BV/0061/2025/2
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

☐ abschließend ☐ ungeändert ☐ geändert ☒ ohne Beschlussempfehlung ☐ beschlossen
☐ weitergeleitet ☐ z. Kenntnis genommen ☐ abgesetzt ☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ abgelehnt
☒ einstimmig ☐ mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss hat die Angelegenheit ohne Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Protokoll:

Prof. Dr. Lukas führt zunächst aus, was der Hintergrund bzw. das Ziel der bisherigen Änderungen an der Baumschutzsatzung gewesen seien:

Die Höhe der Ausgleichszahlungen wurde nach unten korrigiert, um Härtefälle auszuschließen. Ferner diene die Herausnahme der städtischen Bäume aus dem Geltungsbereich der Baumschutzsatzung einzig der Entbürokratisierung, indem verwaltungsintern auf formale schriftliche Anträge und Genehmigungen verzichtet werde. Dies befreie den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen aber nicht von der Ersatzpflicht. Die Baumschutzsatzung biete den Bürgern eine Rechtssicherheit per Bescheid, die es vorher so nicht gab.

Rm Diehl (WGS) bedankte sich in der anschließenden Diskussion für den gemeinsamen Termin mit dem Baudezernenten und sein Engagement in der Sache. Die WGS finde die geänderte Version nun deutlich besser. Herr Diehl fragte noch ergänzend, was den Bürger diese Rechtssicherheit koste, also welche Gebühren im Schnitt für eine Befreiung gezahlt werden müssten.

Der Vorsitzende antwortete mit Unterstützung von Herrn Mader (Amt 36), dass aktuell die Gebühren bei ca. 80 Euro für eine Befreiung lägen. Die Gebühr entsteht natürlich im Rahmen der entsprechenden Gebührenordnung des Landes.

Herr Mader bietet an, dass das Umweltamt noch einmal prüfen kann, ob und in welchem Rahmen diese Gebühren ggf. noch reduziert werden könnten. Er weist aber auch darauf hin, dass die deutlich höheren Kosten für den Bürger in der Regel durch die Ersatzpflanzungen entstünden, und diese wurden mit der Änderung bereits gesenkt.

Rm Kalenberg (CDU) bittet seitens der CDU-Fraktion darum, dass der Änderungsbeschluss ohne Beschlussfassung im Umweltausschuss an den Haupt- und Finanzausschuss weitergeleitet wird.

Prof. Dr. Lukas ergänzt, dass dann eine überarbeitete Beschlussvorlage für den Haupt- und Finanzausschuss erstellt wird, in der das Thema Gebührenrahmen für die Bescheide ergänzt wird.

Punkt 2: Integriertes und nachhaltiges Klimaanpassungskonzept Vorlage: BV/0573/2025/1

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

☐ abschließend ☒ ungeändert ☐ geändert ☐ ohne Beschlussempfehlung ☐ beschlossen

☐ weitergeleitet ☐ z. Kenntnis genommen ☐ abgesetzt ☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ abgelehnt

☒ einstimmig ☐ mehrheitlich mit 2 Enthaltungen und Gegenstimmen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das integrierte und nachhaltige Klimaanpassungskonzept als strategische Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Stadt Koblenz.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen 1-7 des im Konzept enthaltenen Maßnahmenkatalogs entsprechend der festgelegten Prioritäten so vorzubereiten, dass sie dem Stadtrat jeweils mit einem konkreten Kosten - und Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vorgelegt werden können. Dabei wird die Förderfähigkeit der Maßnahmen geprüft.
3. Der Stadtrat beschließt, die Maßnahmen 8-18 entsprechend der festgelegten Prioritäten und verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen innerhalb der bestehenden Haushaltsplanung ab 2026 und unter Nutzung möglicher Fördermittel umzusetzen. Sollten für einzelne Maßnahmen zusätzliche Finanzmittel benötigt werden, werden diese dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.
4. Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt den Förderschwerpunkt A2 (Begleitung der Umsetzung des Anpassungskonzepts) des Bundesförderprogramms (Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel) zur Umsetzung der Maßnahmen in Anspruch nimmt und hierfür die Personalstelle für das Klimaanpassungsmanagement einrichtet, indem die jetzige Personalstelle verlängert wird. Für finanzschwache Kommunen beträgt die Förderquote 90 %, die maximale Zuwendung liegt bei 275.000 €. Der Förderzeitraum beträgt drei Jahre. Die Aufgaben des Klimaanpassungsmanagements umfassen die Initiierung von Umsetzungsprozessen, die Erstellung von Stellungnahmen, die Teilnahme an themenbezogenen Sitzungen, die Organisation und Leitung von Beteiligungsformaten sowie die Planung und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit.

Protokoll:

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt besonders die Kollegen aus dem Bereich Klimaschutz Herrn Metten-Golly, Frau Körner und Frau Hammer die für Fragen aus dem Ausschuss zur Verfügung stehen.

Herr Lorenz-Wangard (SPD) nimmt Bezug auf Seite 18 des Konzeptes und fragt, ob in der Aufzählung der Mitglieder der kommunalen Steuerungsgruppe das Umweltamt vergessen worden sei.

Frau Hammer (Stabsstelle Klimaschutz) und Herr Mader (Amt 36) erläutern, dass das Umweltamt nicht vergessen wurde und im Vorfeld zur Konzeption in bilateralen Gesprächen eingebunden worden sei. Aber mit Blick darauf, dass der Kreis der Handlungspersonen überschaubar gehalten werden sollte und das Umweltamt in erster Linie Aufgaben im Vollzug der verschiedenen Bereiche des Umweltrechts wahrnehme, habe man sich darauf verständigt, dass dieses nur bei entsprechenden Berührungspunkten außerhalb der Steuerungsgruppe im Austausch zwischen den Ämtern eingebunden werde.

Rm Kalenberg (CDU) verweist darauf, dass der Stadtrat nun die - wie in der letzten Sitzung des Umweltausschusses beantragt – unter Nr. 1 bis 8 genannten Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgelegt bekomme. Wünschenswert wäre es aber auch, die übrigen konkreten Maßnahmen noch einmal im Fachausschuss vorzustellen.

Herr Golly (01/Büro OB) verdeutlicht, der Maßnahmenkatalog sei notwendig, um die Fördermittel neu zu bekommen bzw. die Fortsetzung dieser zu beantragen. Man werde die Gremienmitglieder regelmäßig auch über die Maßnahmen unter Nr. 8 bis 18 informieren und über die Form und Häufigkeit dieser Beteiligung könne man gerne diskutieren. Aber er rät davon ab, die Maßnahmen erst zu beginnen, wenn diese einzeln im Stadtrat beschlossen wurden.

Ferner erinnert Herr Feldmann (SPD) daran, dass bei der letzten Sitzung des Umweltausschusses noch eine Aussage hinsichtlich der Begründung der KOVEB-Bushaltestellen zugesagt worden sei und ob diesbezüglich weitere Informationen gegeben werden können.

Herr Mader (Amt 36) führt aus, die KOVEB sei im Nachgang zur Sitzung diesbezüglich kontaktiert worden, aber eine Antwort dazu stehe noch aus.

Beigeordneter Lukas sagt zu, die Verwaltung werde die KOVEB auf Wunsch des Ausschusses erneut kontaktieren und um eine schriftliche Stellungnahme bitten.

Auf Anregung von Herrn Feldmann (SPD) die Anbringung von Sonnensegeln zur Verschattung von Kinderspielplätzen (z.B. in der Neuendorfer Straße in Lützel) zu prüfen, bittet der Vorsitzende darum, diesen Antrag in den dafür zuständigen Fachausschüssen zu stellen. Bei städtischen Flächen sei dies im Werkausschuss Grünflächen und Bestattungswesen zu beantragen.

Rm Diehl (WGS) bittet in diesen Zusammenhang darum, bei der Thematik Sonnensegel auch die AG Spielflächen mit zu beteiligen.

Ferner merkt er zu Maßnahme Nr. 18 (Seite 7 der BV) hinsichtlich Messstationen „Solarmodul“ an, die Verwaltung solle die Einbindung von Bürgerinitiativen prüfen, um Messeinrichtungen an markanten Plätzen wie z.B. dem Wochenmarkt in Lay zu installieren.

Frau Körner (Stabsstelle Klimaschutz) sagt zu, die Beteiligung von Bürgerinitiativen bei diesem Punkt mit aufzunehmen.

Rm Kaatz (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach dem Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen 1 bis 7.

Frau Körner (Stabstelle Klimaschutz) antwortet, dass dies wahrscheinlich nicht mehr im laufenden Jahr geschehen werde, sondern vermutlich in 2027 für die Umsetzung in den Haushaltsjahren 2028 ff. Ob einzelne Beschlüsse Maßnahmen vielleicht schon früher im Stadtrat schlossen werden könnten, sei aktuell nicht abzuschätzen.

Beigeordneter Prof. Dr. Lukas merkt an, dass die Fraktionen durchaus die Möglichkeit hätten, über eigene Anträge mehr Druck in die Maßnahmenrealisierung zu bringen.

Am Kock (Bündnis 90 / Die Grünen) verweist auf die im Konzept erwähnte Gefahr der Zunahme von Waldbränden durch Trockenheit und erhöhte Temperaturen und fragt nach Konzepten der Verwaltung im Falle solcher Brände im Stadtwald.

Beigeordneter Prof. Dr. Lukas erläutert, Koblenz sei für diese Fälle gut aufgestellt mit entsprechenden Plänen und Fahrzeugen. Die Waldbrände könnten von der Feuerwehr sehr gezielt bekämpft werden, wozu auch die gut ausgebauten Waldwegenetze beitragen würden.

Am Kießling (Die Linke-Partei) fragt nach dem Zeitplan zum Installieren von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet (Maßnahme Nr. 3) und ob die Verwaltung ggf. auch private Sponsoren für die Umsetzung gewinnen könne.

Herr Golly (Büro OB) führt hierzu aus, dass die Verwaltung bei der Versorgung mit Trinkwasserbrunnen die jeweiligen Akteure für ein mögliches Sponsoring mit im Blick habe, aber man könne zum derzeitigen Stand noch keine konkreten Aussagen dazu treffen. Er sagt an dieser Stelle zu, bis zu den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss innerhalb der Verwaltung belastbare Aussagen zum Zeitplan abzuklären.

Am Kießling (Die Linke-Partei) regt noch an, die Wasserthemen wie Trinkwasserspender und Vernebler wegen der benötigten Anschlussleitungen gemeinsam zu behandeln.

Beigeordneter Prof. Dr. Lukas ergänzt, dass sich auch die Frage stelle, wer das Aufstellen, Pflegen und Warten der Wasserspender umsetze.

Punkt 3: Verschiedenes

Protokoll:

Der Vorsitzende verweist auf die aktuellen Auswertungen der NO₂-Belastung in Koblenz sowie die Werte des Passivsammlerprogramms, die dem Umweltausschuss regelmäßig als Tischvorlage zur Verfügung gestellt werden. Die Tischvorlage liegt als Anlage der Niederschrift bei.

Auf Nachfrage werden keine weiteren Wünsche oder Anregungen seitens des Ausschusses an dieser Stelle vorgetragen.

Beigeordneter Prof. Dr. Lukas schließt um 16.40 Uhr die Sitzung und dankt für die Mitarbeit.

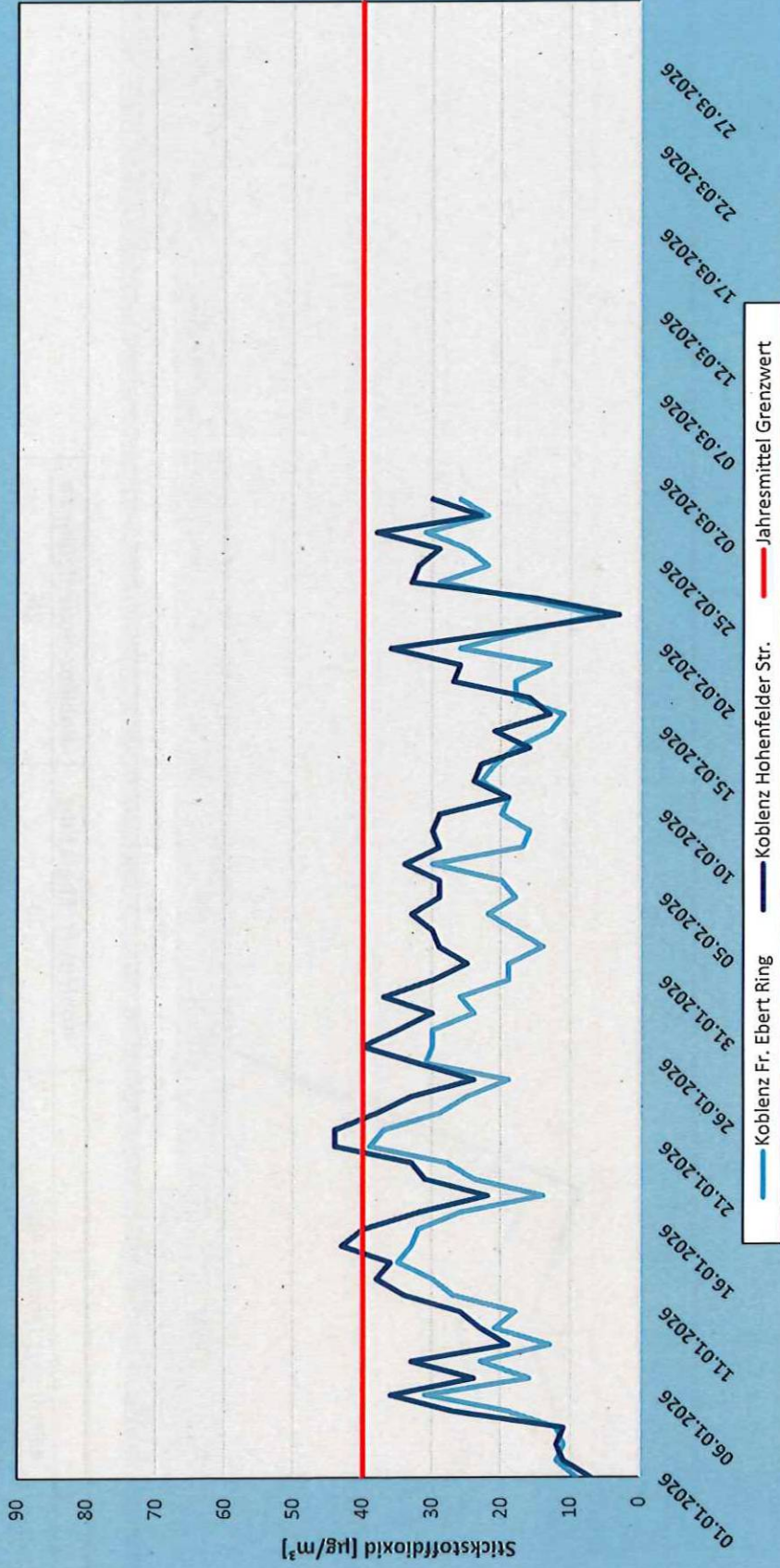


Vorsitzender
Prof. Dr. Andreas Lukas



Schriftführerin
Sabine Kapell

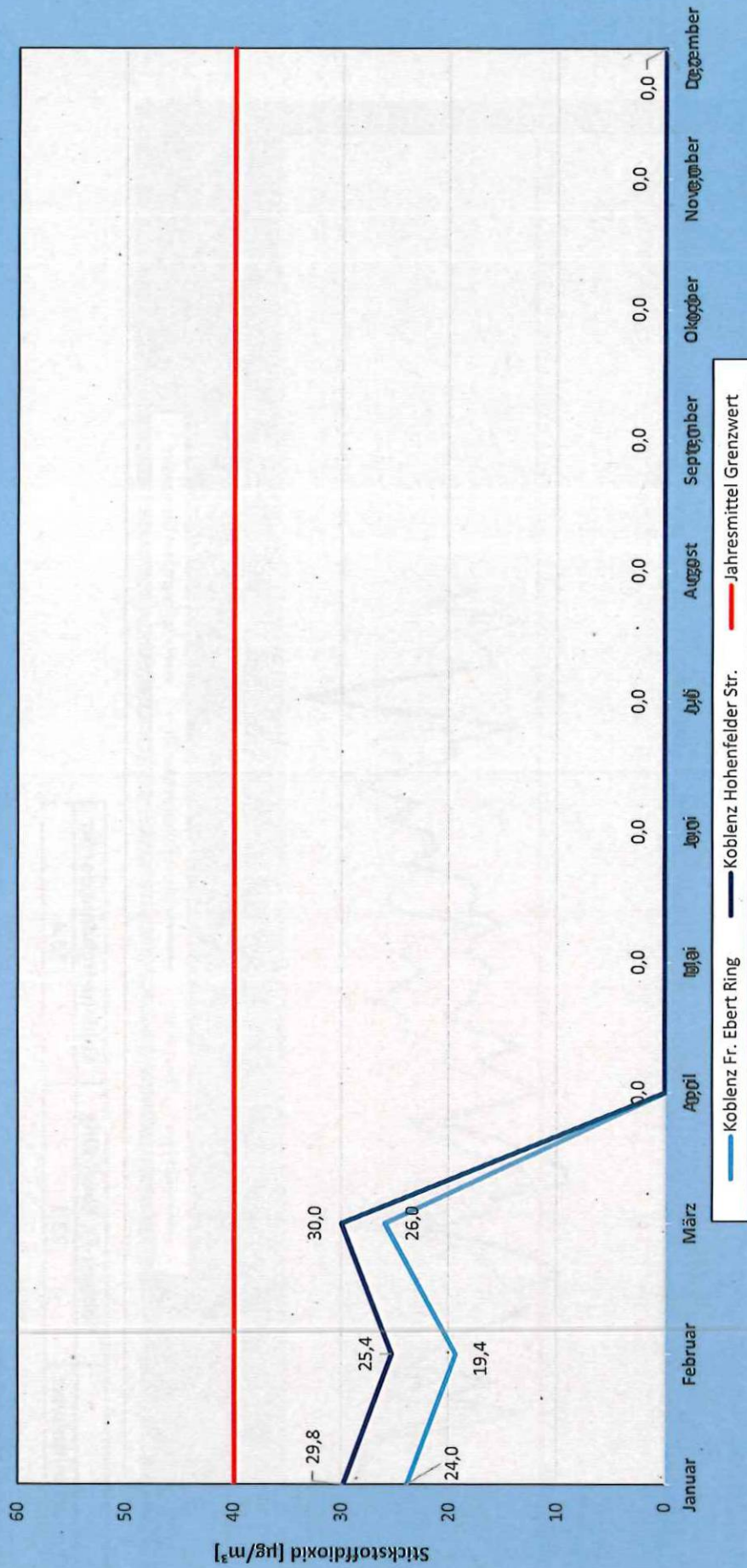
Tagesmittelwerte NO₂ 1. Quartal 2026



	Koblenz-Fr. Ebert Ring	Koblenz-Hohenfelder Str
*Quartalsmittelwert	23,1	28,4

*Vorläufige Mittelwerte

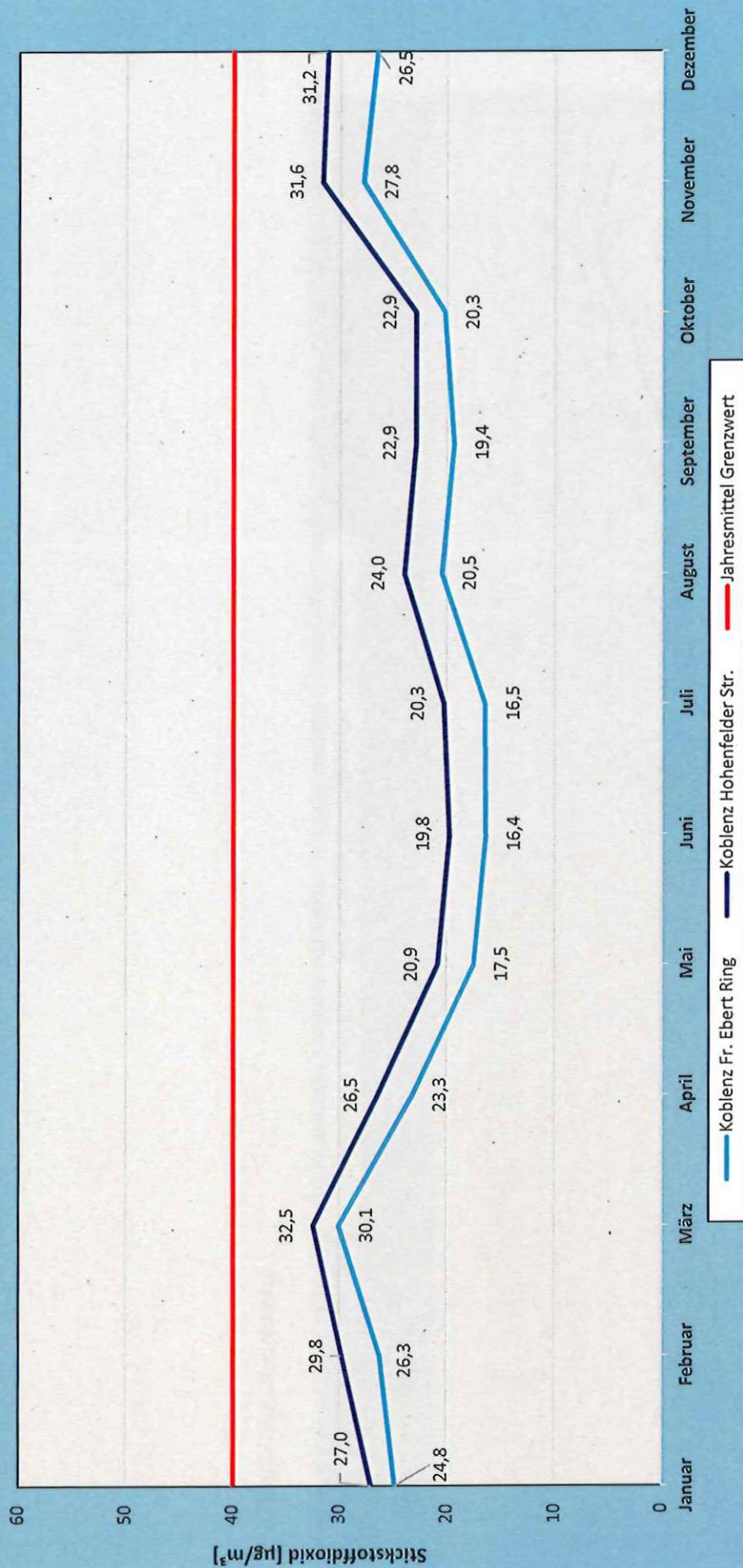
Monatsmittelwerte NO₂ 2026



	Koblenz-Fr. Ebert Ring	Koblenz-Hohenfelder Str
*Mittelwert Januar - März	23	28

*Vorläufige Mittelwerte

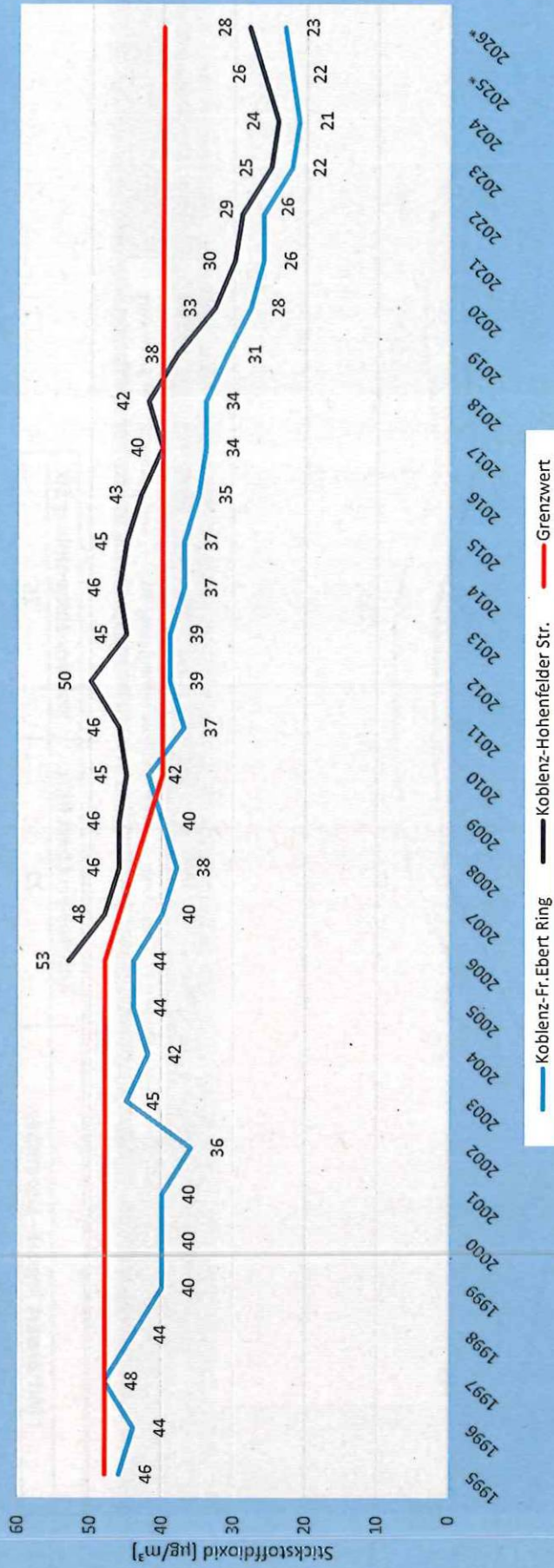
Monatsmittelwerte NO₂ 2025



	Koblenz-Fr. Ebert Ring	Koblenz-Hohenfelder Str
*Mittelwert Januar - Dezember	22	26

*Vorläufige Mittelwerte

Langzeitentwicklung NO₂-Werte Koblenz



*Vorläufige Jahresmittelwerte